

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.  
Für die Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr: 1,10 bis 20. September 1924 bei 14gl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Ostergebühren 10 Pfg. Quas. Vorkauf gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Wepf & Reichardt in Dresden.  
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Saatgetreide ♦ Saatkartoffeln**  
Original- und anerkannte Nachbauten

**Landessaatbauverein für Sachsen**  
rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung  
beim **Landeskulturrat, Dresden-A. 24**  
Fernspr. 42547 u. 43247      Winkelmannstr. 4 (am Hauptbahnhof)

## Auftakt zur entscheidenden Kabinettsitzung.

Eine letzte Besprechung des Außenministers mit dem Berliner englischen Botschafter.  
Lösung der Frage des Völkerbundsbeitritts in Verbindung mit dem Reichstag? — In diesem Monat keine Reparationszahlungen mehr.

**Die Rückkehr Marxs und Stresemanns.**  
(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 22. Sept. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird heute abend nach Berlin zurückkehren, Reichskanzler Dr. Marx wahrscheinlich noch heute abend oder morgen früh, so daß dann morgen wieder sämtliche Minister versammelt wären.

Morgen wird dann der angekündigte große Kabinettsrat zusammentreten, der sich nicht nur mit der Frage der Notifizierung der Kriegsschuldklärung, sondern auch der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund befassen soll. Angesichts der Unterredung des Kanzlers mit dem anscheinend vom Völkerbund abgegangenen Hanse kommt dem morgigen Kabinettsrat eine erhöhte Bedeutung zu. Es scheint so, als ob es Hanse gelungen ist, die Bedenken, die auf deutscher Seite gegen einen Eintritt noch bestanden, stark abzumildern.

Die große Kabinettsitzung findet morgen vormittag um 11 Uhr im Palais des Reichspräsidenten statt. Die Kriegsschuldfrage und ihre Notifizierung gegenüber den alliierten Mächten dürfte den Kabinettsrat nicht lange in Anspruch nehmen. Man wird sich mit der Notifizierung begnügen, das der Moment zur Notifizierung noch nicht da ist und dementsprechend diese Sache gewissermaßen zu den Akten legen. Daß man den Eintritt in den Völkerbund benutzt, um festzustellen, daß Deutschland nicht allein schuldig am Kriege sei, ist zwar angeregt worden, dürfte aber kaum praktische Bedeutung erlangen.

**Was den Eintritt in den Völkerbund betrifft,** so scheint hier alles so ziemlich nach den Wünschen derjenigen zu verlaufen, die den schnellen Beitritt Deutschlands für angebracht halten. Kurz nach dem so überraschenden Rückgang Dr. Stresemanns hatte sich die Reichsregierung an die englische Regierung mit der Bitte gewandt, ihr nähere Angaben darüber zu machen, wie man Deutschland zu behandeln gedenke. Die Antwort der englischen Regierung mit den erbetenen Informationen ist nun, wie das „A. T.“ mitteilt, heute in Berlin eingetroffen. Noch heute abend dürfte nach dem gleichen Blatte der Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Aberdeen haben, in der man diese Informationen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erörtern wird.

In einem Artikel befaßt sich dann das „A. T.“ noch mit den Fragen, die nach seiner Ansicht noch besonders der Klärung bedürften. Der Eintritt in den Völkerbund sei natürlich selbstverständlich. Sehr beachtenswert seien für die Zukunft folgende Punkte: Die Artikel 16 und 17 des Völkerbundsstatutes verpflichten die Mitglieder des Bundes, militärische Hilfe gegen einen Friedensstörer zu leisten und einen Teil ihrer bewaffneten Macht zur Verfügung zu stellen. Sie schreiben weiter vor, daß die zum Bunde gehörenden Staaten den Durchmarsch durch ihr Gebiet jedem Bundesmitglied zu erleichtern haben, der

an einer gemeinsamen Aktion beteiligt ist. Bereits im Dezember 1920 hat die Schweiz die Befolgung des Gebotes abgelehnt. Sie hat sich darauf berufen, daß sie eine Ausnahmebehandlung einnehme, da ihre Neutralität von allen Großmächten garantiert worden sei. Ganz ebenso nehme Deutschland, nur aus anderen Gründen, eine Ausnahmebehandlung ein. Deutschland besitze infolge der Entwaffnung nur eine winzige Armee. Es könne nicht, gleich den Staaten, die nicht abgerüstet haben und über eine gewaltige Militärmacht verfügen, einen Teil seines Meeres ausschließen, wenn die Senker Trompete ertöne. Es könne auch nicht einen Durchmarsch gestatten; denn es würde nicht in der Lage sein, mit der kleinen Reichswehr seine Grenzen gegen die angegriffene Partei zu schließen, die mit vollem Recht erklären würde, daß Deutschland seine Neutralität aufgegeben habe, und die Truppen dieser Partei würden dann sehr schnell das deutsche Territorium überflutet werden. Während die Staaten mit angenehmer Biologie die Galerie bilden könnten, würde Deutschland der allgemeine Kriegsschauplatz sein. Es sei nicht möglich, mit der Aussicht auf solche Gefahren in den Völkerbund hineinzugehen. Man könne daher wohl annehmen, daß der Völkerbund die Artikel 16 und 17 seines Statutes aus dem deutschen Kontrakt streichen werde, um nicht eine neue Schwierigkeit länger vorhanden sein zu lassen. Die Meldung des „Daily Telegraph“, so läßt sich das „A. T.“ weiter aus, daß Deutschland sofort nach seiner Aufnahme die Herausgabe seines Kolonialbesitzes beantragen werde, sei natürlich ein Erzeugnis der Phantasie; aber man könnte in West, wenn man erst Mitglied des Bundes ist, in täglicher Unterhaltung auf der Promenade am Senker See oder in der Hotelhalle ernst und freundschaftlich den anderen darlegen, warum Deutschland Kolonien brauche und wenigstens einen Teil seiner früheren wieder haben müsse.

Das Reichskabinettsrat dürfte nun morgen höchstwahrscheinlich, wenn die Informationen aus London einigermaßen befriedigend lauten, zu der Ansicht kommen, daß auch für Deutschland der Beitritt zum Völkerbunde Vorteile habe. Dann würden ja auch, wie sich das demokratische „Tagblatt“ das so schön ausmacht, deutsche Regierungsvertreter Gelegenheit haben, in angenehmen Unterhaltungen auf dem Rückweg am Senker See mit den Vertretern der Siegermächte darüber zu diskutieren, wo Deutschland seinen Menschenüberfluß am besten läßt.

### Reichstagszusammentritt schon Anfang Oktober.

Wie wir hören, dürfte die Einberufung des Reichstags erheblich vor dem bisher in Aussicht genommenen 15. Oktober und zwar bereits in Anfang Oktober erfolgen. Der Reichstagspräsident hat bekanntlich in der letzten Reichstagsitzung bereits darauf hingewiesen, daß er erdverhältnismäßig den Reichstag zu einem früheren Termin einberufen werde. Der Stand der Völkerbundsfrage sowohl, wie die unmittelbar bevorstehende Umbildung des Reichskabinetts machen diese Früherberufung jetzt nötig. Der genaue Termin dürfte kurz nach der auf die Kabinettsitzung erfolgenden Besprechung des Reichsaussenministers mit den Parteiführern feststehen werden.

### Der Bürgerkrieg im Vierhundertmillionen-Reiche.

China, das Land der großen Undurchdringlichkeiten und der unbegrenzten Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete mit seinen 400 Millionen Einwohnern, ist im allgemeinen für das große Publikum eine verschlossene Welt. Mancher denkt, wenn er von China hört, vielleicht an das Viretto der Geisha-Operette, worin von dem „Chinaman“ gesagt wird, daß er ein „armer Tropf“ sei und daß man „ihm den Schoß heulte“; weiter aber geht sein Interesse nicht. Um so wichtiger ist China für die Diplomaten, Staatsmänner und Großkaufleute, die in Ostasien den Schauplatz weltbewegender Zukunftsentwicklungen erkennen und sich rechtzeitig darauf einzustellen suchen. Gelegentlich vollzieht sich dieser Verdesprozess auf dem Wege von Katastrophen, die ihre Wellen über den ganzen Erdball werfen und dann auch in den sonst unbeteiligten Kreisen das Verlangen wachrufen, Näheres über die chinesischen Verhältnisse zu erfahren. So war es bei dem Boxeraufstand, ferner bei dem Sturze der Mandschu-Dynastie, und so ist es jetzt wieder angesichts des Bürgerkrieges, der dort wütet. Wenn von Peking aus gemeldet wird, daß der Aufstand, soweit Schanghai in Frage kommt, bereits niedergeschlagen sei, so ist diese Nachricht bei der bekannten hochgradigen Unzuverlässigkeit der chinesischen Berichterstattung mit Vorsicht anzunehmen, und man wird erst abwarten müssen, ob die Peking-erzählte Darstellung durch glaubwürdigere Quellen bestätigt wird.

Wenn man sich durch die Wirrsale der gegenwärtigen Vorgänge in China zu einem Verständnis hindurcharbeiten will, so muß man einen kurzen Rückblick auf den Gang der Ereignisse werfen, wie er sich seit 1911, als die Mandschu-Dynastie entthront und die Republik ausgerufen wurde, gestaltet hat. Der Führer der republikanischen Bewegung war damals der Dr. Sunjatsen, der seine Ausbildung in Japan erworben hatte und noch heute als japanischer Schildhalter gilt, der sich in Uebereinstimmung mit den japanischen Zielen die Aufgabe gesetzt hat, seine Landsleute geistig für die Anschauung reif zu machen, daß die gelbe Rasse unter japanischer Führung in Ostasien die Alleinherrschaft ausüben berufen ist. Sunjatsen war auch der erste Präsident der chinesischen Republik. Nach ihm kam Juanschifai, der autokratisch regierte und das Parlament in die Kerker schickte. Ihm folgte der schwache Yuananhang, unter dem die Abfallbewegung der Provinzen ihren Anfang nahm; die Provinzen Hunan und Tschefiang lösten sich von der Zentralregierung los und erklärten ihre Selbstständigkeit, und das gleiche tat der Süden des Reiches unter Dr. Sunjatsen. Nach dem Kriege, in dem China auf Grund einer durch ein zusammengepacktes Scheinparlament erlassenen Kriegserklärung gegen Deutschland eingetreten war, nahm die Abtrennung der einzelnen Provinzen unter der Führung ehrgeiziger Militärgouverneure ihren Fortgang. Zunächst setzte in Nordchina eine harte japanische Einwanderung ein, unter der Präsidentschaft von Tschichiang, einem Außenfreunde Juanschifais, der militärisch durch den Marschall Tuantshi unterstützt wurde. Wegen diese japanische Invasion lehnte sich die nationale öffentliche Meinung Chinas aber so heftig auf, daß der General Wupeifu aus den mittleren Provinzen einen raschen, entschlossenen Zug gegen Peking unternahm und der Herrschaft des Marschalls Tuantshi den Garau machte. Nach einigen weiteren Personalwechseln im Präsidentschaftsamte kam im Oktober 1923 Tsaotun ans Ruder, der noch heute in Peking seinen Posten innehat.

In der Zwischenzeit bildeten sich immer mehr Gruppen von harten, selbständigen Truppenbefehlshabern, die als Provinzgouverneure um die politische Macht ringen, und deren gemeinsames ehrgeiziges Ziel der Besitz der Hauptstadt Peking ist. Sie wollen dann entweder selbst die Präsidentschaft ausüben oder indirekt herrschen, indem sie eine ihnen ergebene Kreatur zum Präsidenten „wählen“ lassen. Eine derartige „Wahl“ ist natürlich nur ein Manöver und stellt in Wirklichkeit nichts weiter dar als die Ernennung des Präsidenten durch den militärischen Gewalthaber. Augenblicklich ist die Lage so, daß sich drei große Gruppen von dergleichen Führern unterscheiden lassen: 1. Die Seeprovinzen. Dort herrscht in der Mandchurci der Gouverneur Tschangafolin, während die Tschefiang-Provinz von Yuananhang und die südliche Kwangtung-Provinz von Dr. Sunjatsen regiert wird. 2. Die Kwangsi-Provinz mit Nanjing und Schanghai hat den Marschall Tschifschuan zum Regenten, dem ein besonders hochfliegender Ehrgeiz nachgelagt wird. 3. In der inneren Provinz Hunan sitzt der Marschall Wupeifu,



Otto Herrg, der Führer der deutschnationalen Volkspartei, dessen von Berliner Blättern als bevorstehend bezeichnete Beitritt dem Reich dementiert wird.



Der Völkerbund-delegierte Frithjof Nanfen, der mit Reichskanzler Marx über einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verhandelt hat.